

Lebensmittelfragen in der Finanzkommission.

Budapest, 22. Juni.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung der hauptstädtlichen Finanzkommission wurde vollständig in den Hintergrund gedrängt durch eine Lebensmitteldebatte, die zwei Mitglieder der Kommission, Heinrich v. Biró und Hofrat Franz Székely, provoziert hatten. Biró brachte die trotz des anhaltenden Sinkens der Rinderpreise noch immer unerträglich hohen Fleischpreise, sowie die nicht minder unerträgliche Teuerung in den Budapester Gasthäusern zur Sprache. Hofrat Székely bezeichnete besonders den Umstand, daß mit der heute erschienenen Regierungsverordnung die Mehl-Kopfsquote für die Provinzbevohner höher festgesetzt wurde als für die Budapester, als ein schweres Grabamen für die Hauptstadt. In beiden wichtigen Approvisionierungssachen wird die Hauptstadt zur Wahrung der Interessen ihrer Bevölkerung mit dem gehörigen Nachdruck bei dem Volksnährungsamt, beziehungsweise bei der Regierung intervenieren.

Dieser Teil der Sitzung, die Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy leitete, nahm folgenden Verlauf:

Heinrich v. Biró stellt mit Bedauern fest, daß das Publikum von dem in jüngster Zeit eingetretenen Sinken der Rinderpreise nicht den geringsten Vorteil habe, da die Fleischpreise sich noch immer auf ihrer für den größten Teil des Publikums unerträglich hohen Höhe halten. (Zustimmung.) Der größte Unterschied herrsche aber zwischen den stark gesunkenen Preisen der lebenden Kälber und den Kalbfleischpreisen. Das Publikum müsse dieselben Fleischpreise bezahlen, wie zur Zeit des Steigens der Preise der lebenden Tiere. Man dürfe es nicht dulden, daß das Publikum das Sinken der Rinderpreise stets sofort zu fühlen bekomme, vom Sinken der Preise der Tiere jedoch keinen Vorteil habe. Der Municipalausschuß habe noch im vorigen Jahre die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Tiere beschlossen, doch wurden sie bisher nur für lebende Schweine bestimmt. Bei dieser Gelegenheit kann Redner nicht umhin, auch die horrenden Gasthauspreise zur Sprache zu bringen. Er illustriert die Teuerung in den Gasthäusern mit einigen Beispielen, die ein großes Bild auf die hier herrschenden Zustände werfen. So habe man ihr in einem Gasthause für vier kleine Schmitte-

Salami k 4.50 und bei einer anderen Gelegenheit für acht Stück gedörrter Pflaumen k 2.50 bezahlen lassen. Die Gastwirte sollten streng gemäßigelt werden. Es genüge nicht, daß die Gastwirte gezwungen werden, ihren Gästen auf Wunsch ein Menü zu bieten, auch die Preise der Menüs sollten behördlich festgesetzt werden. Redner ersucht den anwesenden Magistratsrat Ludwig v. Follusházy, alles zu tun, um ein Sinken der Fleischpreise herbeizuführen und das Gasthauspublikum vor Ausbeutung zu schützen. (Lebhafter Beifall.)

Friedrich Gluck nimmt die Gastwirte in Schutz. Man dürfe nicht nach einzelnen Fällen das ganze Gewerbe beurteilen. Die Gastwirte hätten bei der Beschaffung der nötigen Lebensmittel mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen und würden selbst von den Lebensmittelhändlern ausgebeutet. Eine allgemeine Beschuldigung der Gastwirte sei vollkommen ungerecht.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy antwortet ausführlich auf die Bemerkungen Biró's. Durch die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Rinder hätte man dem Steigen der Preise einen Niegel vorschieben können, doch leider sei der hierauf bezügliche Wunsch der Hauptstadt nicht berücksichtigt worden. Die Regierung berief sich auf die Schwierigkeiten, mit denen die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Tiere verbunden wäre, trotzdem aber sah sie sich genötigt, wenigstens für Schweine, Höchstpreise festzusetzen, wodurch dem fortwährenden Steigen der Schweinepreise Einhalt geboten wurde. In ähnlicher Weise ließen sich auch die Rinder- und Rindfleischpreise regeln. Bei den Rindern sei dies wohl noch schwieriger als bei den Schweinen, doch habe man während des Krieges schon manch andere Probleme gelöst, deren Lösung vor dem Kriege für unmöglich gehalten wurde. Seit kurzem seien die Preise der lebenden Tiere tatsächlich stark gesunken, ohne daß dies bisher in den Fleischpreisen zum Ausdruck gekommen wäre. Nur die Budapester Fleischhandels-N.-G. habe sofort auch die Fleischpreise entsprechend ermäßigt, die Fleischhauer aber nehmen noch immer eine zuwartende Haltung ein.

Dr. Alexander Petö: Bei der Erhöhung der Preise pflegen sie niemals zu warten!

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy: Die Fleischhauer wollen sich noch immer nicht entschließen, die Preise zu reduzieren, denn sie glauben, das Sinken der Rinderpreise sei nur vorübergehend. Sobald wir uns überzeugt haben werden, daß das Sinken der Rinderpreise nicht vorübergehend ist, werden wir gegen die Fleischhauer die nötigen Zwangsmaßnahmen anwenden, um eine entsprechende Ermäßigung der Fleischpreise herbeizuführen.

Was die Teuerung in den Gasthäusern betrifft, so ist es Tatsache, daß in vielen Gasthäusern Preise gefordert werden, die in keinerlei Verhältnis zu den Beschaffungspreisen stehen. Darunter leiden besonders die Angehörigen der Mittelklasse, die nicht aus Bequemlichkeit, sondern aus Zwang im Gasthaus speisen. Es sei wohl wahr, daß auch die Gastwirte sehr von der allgemeinen Teuerung in Mitleidenschaft gezogen wurden, daß ihre Regie unverhältnismäßig größer sei als im Frieden, doch müsse die Behörde trotzdem eingreifen, um diejenigen, die im Gasthause zu speisen genötigt seien, zu schützen. Im verflochtenen Jahre wurde das Menüsystem eingeführt, doch dem Publikum stand es frei, auch nach der Karte zu speisen. Die Gastwirte wurden dadurch gezwungen, außer dem Menü auch noch 20 bis 30 Speisen zuzubereiten. Um den Gastwirten die Sache zu erleichtern, müßte angeordnet werden, daß die Gasthäuser ihren Gästen nur Menüs bieten dürfen. Die Approvisionierungssektion wird keine Mühe scheuen, um auch diese Frage in befriedigender Weise zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Alexander Petö wünscht, daß die Sektion auch den ebenso unerträglichen Kaffeehauspreisen erhöhte Aufmerksamkeit schenke und die Kaffeehäuser zur Herabsetzung ihrer Preise zwingt.

Franz Székely beschäftigt sich mit der Eingabe der Hauptstadt, in der die Regierung ersucht wurde, der Hauptstadt die freie Beschaffung der für das ganze nächste Erntejahr nötigen Getreide-, beziehungsweise Mehlmengen zu gestatten, dieses Recht auch Privatpersonen und Vereinen einzuräumen, und schließlich für die Budapester Bevölkerung dieselbe Kopfsquote festzusetzen, wie für die Bevölkerung der Provinz. Mit Befremden konstatiert Redner, daß die heute erschienene Regierungsverordnung keinen einzigen dieser Wünsche erfülle. Besonders ungerecht sei die Festsetzung der Kopfsquote; während sie nämlich für die Provinz acht Kilogramm betrage, müsse sich das Budapester Publikum mit bloß sieben Kilogramm begnügen. Redner will in eine eingehende Kritik dieser ungerechten und unbegründeten Maßregel nicht eingehen, denn die bloße Tatsache allein spreche klar genug, er beschränkt sich bloß auf den Antrag, daß der Magistrat in der heute nachmittag stattfindenden Generalversammlung Bericht über die Erledigung der Eingabe der Hauptstadt erstatte und um die Ermächtigung ersuche, sofort bei der Regierung im Interesse einer entsprechenden Aenderung der gravaminösen Verordnung zu intervenieren. (Allgemeine Zustimmung.)

Vorsitzender Dr. Bódy dankt dem Vorredner, daß er der Kommission Gelegenheit geboten habe, in dieser hochwichtigen Frage Stellung nehmen zu können.

Dr. Béla Feketi glaubt, es sei unnötig, die Sache vor die Generalversammlung zu bringen. Zweckmäßiger wäre es, dem Bürgermeister nochmals aus Herz zu legen, mit größter Energie für die Interessen der Hauptstadt bei der Regierung zu intervenieren. Redner hofft, daß die Intervention des Bürgermeisters von dem gewünschten Erfolg gekrönt sein werde.

Dr. Alexander Petö dankt dem Hofrat Franz Székely, daß er diese wichtige Frage zur Sprache gebracht habe. Die Hauptstadt müsse auch der neuen Regierung gegenüber ihre berechtigten Wünsche geltend machen. Mit größter Entschiedenheit müsse man dagegen protestieren, daß die Provinz besser behandelt werde als die Hauptstadt. Er erwartet von der Regierung, daß sie Gerechtigkeit üben und diesen unmöglichen Zustand aus der Welt schaffen werde. Er bittet den Bürgermeister, die Stellungnahme der Kommission an zuständiger Stelle zu verbolmetzen. (Beifall.)

Nachdem noch Dr. Salomon Eulenberg und Magistratsrat Ludwig v. Follusházy gesprochen hatten, nahm die Kommission den Antrag Székely's an.